

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

in dieser Woche gedachten wir im Bundestag des 70. Jahrestages der Befreiung Deutschlands. Unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach im Zuge der sich ebenso 50-jährigen deutsch-israelischen Beziehungen von einem „Wunder“ der Freundschaft zwischen beiden Staaten. Diese Freundschaft ist seit 50 Jahren gewachsen und aus ihr, wie auch aus 70 Jahre deutscher Befreiung, wird die besondere deutsche Verantwortung deutlich.



***Gedänkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges***

In dieser Woche jährt sich das Ende des zweiten Weltkrieges zum 70. Mal. Wir gedenken an diesem Tag des unfassbaren Leids, das dieser Krieg verursachte, der 50 Millionen Menschen, die ihr Leben verloren, und der vielen Menschen, die er heimatlos machte.

40 Jahre nach Kriegsende hat der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor dem Deutschen Bundestag den 8. Mai 1945 zu Recht als einen Tag der Befreiung bezeichnet. Seine Worte sind uns auch heute noch eindrückliche Mahnung, der Wahrheit historischer Schuld ins Auge zu blicken und zugleich Aufforderung, Verantwortung für Gegenwart und Zukunft zu übernehmen. In Anerkennung unserer Geschichte sind wir in besonderem Maße gefordert, uns für Frieden und Menschlichkeit zu engagieren. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind leider auch in unserem eigenen Land nicht überwunden.

Die jüngsten Neonazi-Vorfälle, z.B. zur 1. Mai-Kundgebung in Weimar, haben uns schockiert. Sie waren nicht nur ein Angriff auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sondern auch auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Dem werden wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegentreten.

***50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel***

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor nunmehr 50 Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel positiv entwickelt. Ein maßgeblicher Schritt für die Annäherung war das sogenannte Luxemburger

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Abkommen, in dem die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung für die Bewältigung der Folgen des Holocausts übernahm und das am 18.03.1953 mit den Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurde.

Nicht nur auf diplomatischer und politischer Ebene sind die Beziehungen seit dieser so belasteten, schwierigen Anfangszeit immer enger und vielfältiger geworden. Das zeigt sich u.a. an den seit 2008 jährlich stattfindenden Regierungskonsultationen, den vielen kulturellen Kontakten und den zahlreichen offiziellen Besuchen in beide Richtungen. Weiter finden neben offiziellen viele Begegnungen zwischen Israelis und Deutschen statt, bspw. im Zuge eines aktiven Jugendaustausches. Berlin wurde für Israelis ebenso wie Tel Aviv andererseits zu attraktiven Metropolen der Verständigung und des Zusammenkommens.



Darüber hinaus fördert Deutschland als aktiver Partner in der Europäischen Union die Friedens-

bemühungen im Nahen Osten und hat großes Interesse an Frieden und Stabilität in der Region.

Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass auf Dauer die Existenz Israels in anerkannten und sicheren Grenzen nicht ohne einen eigenständigen und lebensfähigen demokratischen Staat Palästina im Rahmen einer Zweistaaten-Lösung vorstellbar ist. Zudem unterstützt Deutschland innerhalb der EU die Einbindung Israels im Rahmen der Nachbarschaftspolitik. Das Bemühen um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten betrifft auch einen erfolgreichen Abschluss der Nuklearverhandlungen mit dem Iran, der für alle Staaten der Region, auch für Israel, mehr Sicherheit bringen muss. Deshalb sollen die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter erhalten, vertieft und gefördert werden.

Die Existenz des Staates Israel und seine legitimen Sicherheitsinteressen sollen zentrales Prinzip der deutschen Außenpolitik sein. Es soll dafür Sorge getragen werden, dass Antisemitismus bekämpft wird und die Erinnerung an die Shoa und der damit einhergehenden historischen Verantwortung in der deutschen Bevölkerung weiter fortbesteht.

### *Mindestlohn schon jetzt großer Erfolg!*

Auf den Kundgebungen zum 1. Mai wurde deutlich: 2015 war ein gutes Jahr für gute Arbeit!



Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben viel erreicht für faire Löhne und eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir viele Jahre für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gekämpft, der nun seit vier Monaten gilt. Andrea Nahles hat auf dem Treffen des Koalitionsausschuss eine erste, eindeutig positive Zwischenbilanz gezogen: Der Mindestlohn wirkt und schützt Millionen von Beschäftigten vor Lohndumping. Und entgegen manchen Unkenrufen hat er nicht zu einem Einbruch auf dem Arbeitsmarkt geführt. Wo es einzelne Probleme bei der Umsetzung gibt, etwa beim Ehrenamt, wird Ministerin Nahles sie unaufgeregt angehen und lösen.

Klar ist aber: Am Mindestlohn wird nicht gerüttelt!

### *Internationale Bildungsmobilität durch Bologna-Prozess weiter fördern*

Anlässlich der diesjährigen Ministerkonferenz in Jerewan (Armenien) am 14./15. Mai 2015, die wesentliche Impulse für den Fortgang des Bologna-Prozesses vorbereiten soll, wollen die antragstellenden Fraktionen insbesondere auf bereits existierende nationale Initiativen, aber auch weiterhin drängende Herausforderungen bei der Umsetzung und Stärkung des Bologna-Prozesses in Deutschland und Europa hinweisen.

So gelten zum Beispiel Probleme bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen und starre Strukturen des Studiums in Deutschland als die Hindernisse bei der Mobilität Studierender. Hervorzuheben ist deshalb beispielsweise die Forderung nach dem weiteren Einsatz für internationale Doppelstudiengängen und Europahochschulen sowie der Fokus auf die weitere Steigerung der Mobilität Studierender aus Lehramtsstudiengängen.

Darüber hinaus sollen aber auch Beschäftigte im Hochschul- und Wissenschaftsmanagement zum internationalen Austausch ermutigt werden und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und osteuropäischen Bologna-Mitgliedsstaaten ausgebaut werden.

### ***Fracking – Erste Lesung im Bundestag***

Ich spreche mich gegen Fracking als Methode zur Gasförderung aus!

Wir – die Münsterlandabgeordneten – streben ein klares Verbot von Fracking an, weil die Risiken nicht zu kalkulieren sind. Im übrigen, auch der Großteil der Menschen im Münsterland will kein Fracking.

Nach geltendem Recht ist Fracking zur Erdgasgewinnung in Deutschland grundsätzlich erlaubt. Ich begrüße daher den im jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf geplanten umfassenden Schutz von Gesundheit und Trinkwasser und die Pflicht von Umweltverträglichkeitsprüfungen.



In besonders sensiblen Gebieten soll Fracking jeglicher Art verboten und dem „unkonventionellen“ Fracking zu wirtschaftlichen Zwecken ein Riegel vorgeschoben werden. Was die schwarz-gelbe Vorgängerregierung nicht

geschafft hat, wird nun endlich in Angriff genommen.

Im weiteren parlamentarischen Verfahren will ich mich dafür einsetzen, dass vermeintliche Probebohrungen ein Frackingverbot nicht unterlaufen. Besonders skeptisch sehe ich auch die von der CDU/CSU vorgeschlagene Expertenkommission, die im Einzelfall Frackingvorhaben bewerten soll. Solche Entscheidungen müssen ausschließlich durch die zuständigen Politiker und Behörden getroffen werden.

### ***Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung fortsetzen***

Die Städtebauförderung ist eine wichtige Grundlage für die zukunftsfähige Gestaltung von Städten und Gemeinden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sie 2014 von 455 auf 700 Millionen Euro erhöht. Auf dieser Grundlage wollen wir die Städtebauförderung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen fortentwickeln, insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ als Leitprogramm der sozialen Integration.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen, den wir in dieser Woche beraten, formuliert dazu Eckpunkte. So wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung auch in den kommenden

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Jahren fortschreiben, Bürger und Akteure vor Ort an der Weiterentwicklung aktiv beteiligen sowie eine ressortübergreifende Strategie schaffen, mit der wir additiv Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit erhöhten Integrationsanforderungen bündeln.



Anlass für den Antrag ist der Tag der Städtebauförderung am 9. Mai 2015, der in diesem Jahr bundesweit zum ersten Mal stattfindet und das Ziel hat, die Bürgerbeteiligung zu stärken und kommunale Projekte der Städtebauförderung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Mehr als 570 Städte und Gemeinden nehmen mit zahlreichen Veranstaltungen daran teil.



### ***BPA- Fahrt nach Berlin***

In dieser Woche durften mein Team und ich wieder einmal viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen.



Die Gruppe absolvierte ein umfangreiches Programm in der Bundeshauptstadt. Neben einer ausführlichen Stadtrundfahrt und einem Besuch im Bundeskanzleramt, ging es weiter ins Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und zur Ausstellung ins Deutsche Historische Museum.



*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Auch ein Besuch im Deutschen Bundestag mit der Besichtigung der Kuppel stand selbstverständlich auf dem Programm.



Ich begleite die Gruppe zu verschiedenen Programmpunkten und stand als Ansprechpartner gern zur Verfügung. Die dabei stattfindenden kleinen Gespräche habe ich sehr genossen.



Das persönliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern liegt mir am Herzen!

So konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Einblick in die administrative und politische Arbeit verschaffen.

Am gestrigen Donnerstag ging es dann mit dem Bus für die Gruppe, mit vielen neuen Eindrücken und interessanten Gesprächen im Gepäck, zurück in die Heimat.



Ich wünsche Ihnen ein schönes und erholsames Wochenende.

Ihr

